In Kürze

Rechtsextremes Vokabular in der «Schweizerzeit». In der aktuellen «Schweizerzeit»-Ausgabe schreibt Anian Liebrand von «Migrationsplänen», als Instrumente einer «Umvolkung» und eines geplanten Bevölkerungsaustausches. Er macht damit Stimmung gegen den Beitritt zum Uno-Migrationspakt. Den Begriff «Umvolkung» gebrauchten einst die Nationalsozialisten und meinten damit «bevölkerungspolitische Massnahmen im Sinne der NS-Ideologie», konkret die Ansiedlung deutscher Siedler in den eroberten osteuropäischen Ländern. Heute jedoch, so der Verfassungsschutz des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, würden Rechtsextremisten den Begriff verwenden, um ihre fremdenfeindlichen Positionen zu verbreiten. Genau dies tut Anian Liebrand in der letzten Nummer von Ulrich Schlüers «Schweizerzeit». Er unterstellt «Merkel und Co.», «das eigene Volk durch kulturfremde Migranten zu ersetzen». Er sieht darin Instrumente einer «Umvolkung» sowie eines geplanten «grossen Bevölkerungsaustausches». Überschrieben ist Liebrands Text: «Europas Völker» würden «ausgetauscht». Der «Schweizerzeit»-Autor nimmt damit eine Vorstellung der europäisch-völkischen Identitären auf. Deren Ziel müsse es sein, so schrieb ihr bekanntester deutschsprachiger Exponent Martin Sellner, «den Begriff des Grossen Austausches und die dahintersteckenden Erkenntnisse im patriotischen Lager zu ‹hegemonialisieren›». Liebrand hatte bereits vor bald zehn Jahren am Holocaust-Gedenktag von «Schuldeinredungsprogrammen» geschrieben, mit denen die Schweizer «umerzogen» würden. Vor Liebrands Wahl zum Präsidenten der Jungen SVP (JSVP) bemerkte der Schweizerische Israelitische Gemeindebund im Februar 2014 in einem offenen Brief, dass sich «das Amt des Parteipräsidenten der JSVP nicht mit zwielichtigen Verbindungen ins antisemitische Milieu verbinden» lasse. *HS*

LOD

Neu renovierte Ambulanzstation

Vergangene Woche fand die Einweihungszeremonie der kürzlich renovierten Ambulanzstation von Magen David Adom im israelischen Lod statt. Die wichtigen Renovierungsarbeiten konnten dank der grosszügigen Spende der Schweizer Freunde von Magen David Adom realisiert werden. Am Anlass anwesend war auch der Konsul der Schweizer Botschaft in Tel Aviv, Thomas Wagner. Auf dem Foto zu sehen sind David Scheiner, Präsident der Schweizer Freunde von Magen David Adom, deren ehemaliger Präsident Eli Alon, der Direktor von Magen David Adom Eli Bin, Thomas Wagner und Gershon Trimpol, Vorsitzender der internationalen Magen David Adom Conference aus den USA. *TA*

FOTO: SCHWEIZER BOTSCHAFT

ZÜRICH

Jositsch kandidiert wieder

Der Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch stellt sich für eine weitere Legislatur zur Verfügung. Die SP des Kantons Zürich teilt mit, dass sie dies «erfreut zur Kenntnis» nimmt. Der zweite Zürcher Ständerat Ruedi Noser (FDP) gab bereits eine Woche früher bekannt, dass er nochmals antreten will. Auf Radio SRF 1 sagte Jositsch, dass er mit Noser gut zusammenarbeite, auch wenn sie nicht immer die gleichen Ansichten vertreten. Daniel Jositsch, Rechtsprofessor an der Universität Zürich, eroberte 2015 für die SP einen Ständeratssitz zurück, und zwar sehr deutlich schon im ersten Wahlgang, nachdem er bereits zwei Amtszeiten im Nationalrat mitgewirkt hatte. Er habe sich als Standesvertreter dafür eingesetzt, dass der Kanton Zürich als Bildungs- und Wirtschaftsstandort weiterhin optimale Rahmenbedingungen anbieten könne, lobt ihn seine Partei. Auch als Präsident des Kaufmännischen Verbandes wisse er, dass der Kanton Zürich als Wirtschaftsstandort nur stark sein könne, wenn die Interessen aller Sozialpartner gewahrt seien. In der laufenden Legislatur setzte sich Ständerat Jositsch sehr engagiert dafür ein, dass das Parlament und der Bundesrat das Schutzbedürfnis gefährdeter Minderheiten, insbesondere der jüdischen Gemeinschaft, anerkannten und Massnahmen versprachen. Der Staat, so erinnerte Jositsch die Landesregierung, ist zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Die Delegierten der Zürcher SP-Kantonalpartei werden nach den kantonalzürcherischen Wahlen am 18. Mai an ihrer Nominationsversammlung über die Kandidaturen für National- und Ständerat entscheiden. Zumindest im Fall Jositsch dürfte dies eine Formsache sein. *GB*

ZÜRICH

Interreligiöse Erklärung

Die im Schweizerischen Rat der Religionen vertretenen Religionsgemeinschaften, darunter auch der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG), fordern ihre Mitglieder auf, sich für Flüchtlinge zu engagieren. Unterstützt wird das Projekt vom Uno-Flüchtlingshilfswerk. Die im Schweizerischen Rat der Religionen vertretenen christlichen, jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften nehmen mit ihrer gemeinsamen Flüchtlingserklärung nun eine Vorreiterrolle ein. Insgesamt fünf Appelle leiten sie zur schweizerischen Flüchtlingspolitik ab, die sie in Form einer interreligiösen Erklärung am Mittwoch veröffentlicht haben. Darin thematisieren sie den Schutz vor Ort und legale Fluchtwege. In der Schweiz brauche es zudem faire und effektive Asylverfahren, in denen der Flüchtlingsbegriff gemäss Genfer Flüchtlingskonvention umfassend angewendet wird. Von Bürgerkrieg betroffene Menschen sollen den Flüchtlingsstatus statt einer vorläufigen Aufnahme erhalten. Dem Recht auf Familienleben müsse Rechnung getragen und eine frühzeitige Integration von Flüchtlingen gefördert werden. Insbesondere im Bereich Integration können Religionsgemeinschaften ihren Beitrag durch Freiwilligenarbeit leisten. Für Flüchtlinge wiederum ist gemäss Erklärung die Respektierung hiesiger Regeln zentral, um sich integrieren zu können und Teil dieser Gesellschaft zu werden. Der fünfte Appell bezieht sich auf die sogenannte Wiederansiedlung: Der Staat und die Politik werden dazu aufgefordert, die Wiederansiedlung von Flüchtlingen direkt aus Krisengebieten langfristig als Instrument der Schweizer Asylpolitik zu institutionalisieren. SIG-Präsident Herbert Winter betonte an der Konferenz am Mittwoch: «Wir Juden sehen es als unsere moralische Pflicht an, den heutigen Verfolgten und Flüchtlingen beizustehen, wo immer es uns möglich ist und uns dafür auszusprechen, dass ihnen die Hilfe zukommt, die sie benötigen. Denn auch schon im dritten Buch Mose steht, dass wir Fremde wie einen eigenen empfangen und behandeln sollen.» *EIN*